



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER FEBRUAR 2023

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Spätestens seit dem Dreikönigstag füllt sich mein Terminkalender wieder. Die SPD-Bundestagsfraktion startete mit einer Klausurtagung ins neue Jahr (siehe S. 6), auch wir als fraktionsinterne Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales haben die Vorhaben für das erste Halbjahr besprochen. Bis zur Sommerpause haben wir uns viel vorgenommen (siehe S. 4).

Weiterbildungsgesetz, Fachkräfteeinwanderungsgesetz, Rentenpaket II, Gesetz zum inklusiven Arbeitsmarkt, Arbeitszeitgesetz, Bundestaftreuregelung und Gesetz zur Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung — alleine, was in meinem Bereich Arbeit und Soziales auf der Tagesordnung für die nächsten Wochen und Monate steht, zeigt deutlich: Trotz aller Krisen auf der Welt kümmern wir uns um soziale Politik für die Menschen in unserem Land.

Das mag nach Wahlkampflogan klingen, ist für mich aber schon immer der Grund, weshalb ich in die Politik gegangen bin, ist meine Motivation und Triebfeder. Und daher ich bin froh und dankbar, im Ausschuss Arbeit und Soziales meinen Beitrag hierzu leisten zu können. Gute Lektüre

Ihr/Euer *Bernd Ruetzel*



Ende Dezember war ich im mittagsmagazin von ARD und ZDF zur 4-Tage-Woche: „Kann man sofort umsetzen!“ Klicken & anschauen (ab Minute 7).

4



A&S: unsere Vorhaben
für das erste Halbjahr 2023

5



60 Jahre Élysée-Vertrag:
Festakt in Paris

6



Klausur der SPD-Fraktion:
Politik in der Zeitenwende

9



Tarifverhandlungen bei der
Post: ver.di hat Recht!

KLARTEXT

ZU WENIG UND ZU SPÄT — AMPEL-BASHING FÜHRT AUFS ABSTELLGLEIS



Außer Kritik in teils unwürdigen Worten kommt von der CDU/CSU derzeit wenig bis nichts. Die Union hat nichts anderes zu tun, als Ampel-Bashing zu betreiben. Das wird sich bis zur

Landtagswahl in Bayern noch einmal verstärken. Ich habe gar nichts dagegen, weil so klar wird, dass die Opposition keine eigenen Ideen hat.

Es ist immer Aufgabe der Opposition, die Regierung zu kontrollieren und auch zu kritisieren. Wer diese Rolle ernst nimmt bringt auch eigene, zielgerichtete und fachlich fundierte Anträge ein. Das alles leistet die CDU/CSU nicht. Deshalb werden die Menschen bald merken, viele haben es längst, dass es sich nicht lohnt solch einer Partei zuzuhören oder sie zu wählen.

Seit der Zustimmung zum Sondervermögen für die Bundeswehr und dessen Verankerung im Grundgesetz, ist außer leeren Worthülsen und harscher Kritik, um Medien und Öffentlichkeit zu bedienen, von der Union kein konstruktiver Beitrag mehr gekommen.

Die Ampel kümmert sich derweil um die großen Herausforderungen für unser Land.

Wir stellen uns den vielen Aufgaben unserer Zeit – neben den Folgen des Überfalls Russlands auf die Ukraine ist das vor allem die Energieversorgung. Wir kümmern uns darum, dass die Wirtschaft stabil bleibt, ja sogar gewachsen ist. Wir kümmern uns um den Arbeitsmarkt und die Beschäftigung der Menschen. Wir sorgen dafür, dass durch Einwanderung der Mangel an Arbeitskräften abgemildert wird. Wir sichern die Renten und halten den Sozialstaat stark. Wir kümmern uns um Menschen mit Behinderung und sorgen dafür, dass Genehmigungsverfahren schneller werden und die Infrastruktur unseres Landes in einem nie dagewesenen Tempo ertüchtigt wird. Und dass Deutschland die Außen- und Sicherheitspolitik ganz, ganz eng mit unseren Verbündeten abstimmt und nur gemeinsam gehandelt wird.

Ich bin froh, dass Olaf Scholz ein unaufgeregter, nervenstarker und anpackender Bundeskanzler ist und unsere Regierung verantwortungsvoll führt.



POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE

NEUES JAHR — NEUES WOHNELD

- Wir erweitern den Kreis der Berechtigten: nicht mehr nur 600.000 Haushalte profitieren vom Wohngeld, sondern ab sofort zwei Millionen!
- Wohngeld muss beantragt werden. Wer wissen will, wie viel ihm zusteht, dem hilft der Wohngeldrechner auf der [Website des Bundesbauministeriums](#).

- Wir erhöhen das Wohngeld: Statt bei 180 Euro liegt es seit 01.01.2023 im Schnitt bei 370 Euro im Monat!
- Künftig werden auch die Heizkosten pauschal bezuschusst und eine Klimakomponente sorgt dafür, dass Ihr euch trotz etwaiger Modernisierungsmaßnahmen noch die Miete leisten könnt.



Florian Sauer

EMPFANG

DER SPD MAIN-SPESSART

Endlich wieder ein Neujahrsempfang des SPD Kreisverbands Main-Spessart. Vielen Dank an den Vorsitzenden der BayernSPD und Spitzenkandidaten für die Landtagswahl, Florian von Brunn, für den Besuch. Auf geht's ins bayerische Wahljahr mit Pamela Nembach für den Landtag und Stefan Rümmer für den Bezirkstag.



SPD Würzburg

EMPFANG

DER WÜRZBURG-SPD

Auch beim gemeinsamen Neujahrsempfang der SPD in Stadt und Landkreis Würzburg war Florian von Brunn der Hauptredner. Aber auch die Würzburger Kandidatinnen und Kandidaten für den Landtag (Volkmar Halbleib und Alexander Kolbow) und den Bezirkstag (Eva-Maria Linsenbreder und Lore Koerber-Becker) waren mit Redebeiträgen aktiv dabei.

AUSBLICK

AUF DAS JAHR 2023

Wie ich dem Jahr 2023 entgegenblicke, hat mich das Main-Echo gefragt. Meine Antwort kann man auch



online lesen. Klar ist: Wir stehen auch weiterhin vor riesigen Herausforderungen: sei es durch Putins Krieg, beim Klimaschutz oder hinsichtlich des Arbeitskräftemangels — und hier vor allem im Pflegebereich.

Zugleich haben wir im ersten Jahr Ampelkoalition vieles, was wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen hatten, auf den Weg gebracht: 12 Euro Mindestlohn, das Bürgergeld, die Stabilisierung der Rente, Stärkung der Familien durch höheres Kindergeld und höhere Freibeträge, etc. Daran knüpfen wir an.



Das komplette Interview gibt es wie immer mit Klick auf das Foto links.



Julia Nowak



Werner Schüring

A&S

UNSERE VORHABEN FÜR 2023

Zu Jahresbeginn haben wir in unserer fraktionsinternen „Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales“ eine Vorhabenplanung für das erste Halbjahr besprochen. Bis zur Sommerpause haben wir uns viel vorgenommen:

Mit dem **Weiterbildungsgesetz** helfen wir jungen Menschen eine Ausbildung zu machen. Sollte es größere Umbrüche in Unternehmen geben, können sich die Menschen im Betrieb weiterbilden. Wer das in der Freizeit machen will, dem helfen wir mit Freistellung und Lohnersatz und entlasten so die Arbeitgeber (mehr auf S. 9)

Im **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** sorgen wir dafür, dass Fachkräfte nach Deutschland kommen können, die keine duale Ausbildung haben. Die gibt es hauptsächlich in Deutschland. Mit einer Chancenkarte werden Punkte nach dem kanadischen Vorbild vergeben, die zu einem Aufenthalt führen (mehr auf S. 8).

Mit dem **Rentenpaket II** sichern wir das Rentenniveau dauerhaft auf mind. 48 Prozent und schaffen ein Generationenkapital, das nicht aus Beitragsmitteln gespeist wird und auch nicht auf individuelle Rentenansprüche anrechenbar sein wird.

Mit dem **Gesetz zum inklusiven Arbeitsmarkt** erhöhen wir die Abgaben für Unternehmen, die keine Menschen mit Behinderung beschäftigen und verbessern zugleich die Situation von Menschen mit Behinderungen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt arbeiten wollen.

Im **Arbeitszeitgesetz** werden wir die Erfassung der Arbeitszeit konkretisieren und erfüllen damit das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes.

Mit der **Bundestariftreuregelung** sorgen wir dafür, dass viele Milliarden Euro, die jedes Jahr an öffentlichen Aufträgen vom Bund vergeben werden, nur noch an Unternehmen gehen, die tarifgebunden sind.

Mit dem **Gesetz zur Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung** stufen wir die Behinderung der Mitbestimmung als Officialdelikt ein und schaffen einen digitalen Zugang für Betriebsräte.

Sicher kommt auch noch das ein oder andere Gesetz hinzu, das wir derzeit gar nicht auf dem Schirm haben. Es gibt also viel zu tun. Packen wir's an



Mehr zu unserer Arbeitsgruppe innerhalb der SPD-Fraktion gibt es [hier](#), Infos zum Ausschuss Arbeit und Soziales, den ich als Vorsitzender leite (siehe Fotos oben), finden Sie [hier](#).



Bernd Rützel

MOTOR

DER EUROPÄISCHEN EINIGUNG

Ein Blick in die Geschichte zeigt: Europa ist nur dann erfolgreich, wenn Deutschland und Frankreich gemeinsam an einem Strang ziehen. Beide Länder haben dies früh erkannt, als sie am 22. Januar 1963 den Élysée-Vertrag unterzeichneten.

Mit dem Élysée-Vertrag, der ganz im Zeichen der Aussöhnung und Begegnung stand, wurde die deutsch-französische Freundschaft besiegelt. Zukünftig sollten beide Länder und ihre Bürgerinnen und Bürger vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Seither entwickelte sich eine enge politische und freundschaftliche Partnerschaft, die sich bis heute an der Weiterentwicklung des europäischen Projektes orientiert. Von Städtepartnerschaften und Schüleraustausch-Programmen bis hin zu gemeinsamen Rüstungsprojekten — so eng wie durch den Élysée-Vertrag waren unsere beiden Länder noch nie verbunden. Und das ist auch gut so.

Diesen Januar jährte sich die Unterzeichnung zum 60. Mal. Mit einer Vereinbarten Debatte im Bundestag bekräftigten alle Fraktionen die deutsch-französische Freundschaft als Motor der europäischen Integration. Am Sonntag darauf fand außerdem ein Festakt mit Vertreterinnen und Vertreter beider Länder in Paris statt, an dem neben Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundestagspräsidentin Bärbel Bas auch Abgeordnete aller Fraktionen des Bundestages teilnahmen. Es war mir eine große Ehre, die Bundesrepublik Deutschland hier vertreten zu dürfen.

Nach dem großen Festakt in der Sorbonne-Universität, an dem Ort, wo vor 60 Jahren die Unterschriften geleistet wurden, gab es am Nachmittag eine gemeinsame Arbeitssitzung der Assemblée Nationale und des Deutschen Bundestages.



Mehr zum Élysée-Vertrag gestern und heute auf der Homepage der [Bundesregierung](https://www.bundesregierung.de).



KLAUSUR

DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Der Januar ist nicht nur der Monat der Neujahrsempfänge und der Drei-Königs-Treffen. Er ist auch die Zeit der Winterklausuren. Fraktionen aller Parteien im Bundestag und auch in den Landtagen treffen sich, um die politische Arbeit im neuen Jahr intensiv zu beraten. Wir haben darüber diskutiert, wie wir den Ausbau der Infrastruktur beschleunigen, Wirtschaft und Familien stärken und der Ukraine zur Seite stehen können.

Den Turbo für die Infrastruktur zünden

Neben einem starken Staat, der das Leben für die Menschen einfacher macht und Lasten gerecht verteilt, gehört eine funktionierende Infrastruktur zur Erfolgsgrundlage für gesellschaftliche Teilhabe ebenso wie eine starke Wirtschaft. Deshalb ist für uns besonders wichtig, dass der Umbau hin zu mehr erneuerbaren Energien und Zukunftstechnologien gelingt – und dazu muss mehr Geschwindig-

keit bei Planungs- und Genehmigungsverfahren erreicht werden. Die NLG-terminals haben es gezeigt: Deutschland kann schnell. Das muss aber auch andernorts so funktionieren. Dafür braucht es mehr digitalisierte und vereinfachte Verfahren und Verwaltungsstrukturen.



Positionspapier der SPD-Fraktion:
[Mehr Tempo bei der Infrastruktur](#)

Den europäischen Industriestandort stärken

Europa braucht eine umfassende Industriestrategie, um gegenüber den USA und China wettbewerbsfähig zu bleiben. Dazu gehören auch ein gemeinsamer Industriestrompreis und eine Investitions-offensive in der Industrie. Die SPD-Fraktion setzt außerdem auf neue Rohstoffpartnerschaften und Handelsabkommen.



Positionspapier der SPD-Fraktion:
[Europas Industrie stark machen](#)

Solidarisch mit der Ukraine

Deutschland steht fest und solidarisch an der Seite der Ukraine. Seit Kriegsbeginn hat die Ampel-

Koalition umfassend und mit Augenmaß, finanziell, humanitär und militärisch geholfen. Sie wird dies auch weiterhin in enger Abstimmung mit unseren Partnern tun. Gleichzeitig will die SPD-Fraktion der Verantwortung für Frieden und Stabilität gerecht werden. Dazu gehört, Friedens- und Demokratieprozesse weltweit, wo immer möglich, zu unterstützen und voranzutreiben, und Gesprächs-kanäle offen zu halten. Die Diplomatie darf nie zur Nebensache werden.



Positionspapier der SPD-Fraktion:
[SPD-Politik in der Zeitenwende](#)

Rückhalt für Familien

Die Zeitenwende wird nicht allein in der Neuvermessung der internationalen Ordnung deutlich. Auch im Innern müssen die Herausforderungen der Zeitenwende gemeistert werden. Familien sind besonders betroffen. Mit dem Startchancen-Programm wird die soziale Schieflage in der Bildung schnellstmöglich ausgeglichen, indem 4.000 Schulen mit Investitionen unterstützt werden. Beim Kampf gegen die Kinderarmut wird durch eine Kindergrundsicherung Klarheit und Gerechtigkeit geschaffen. Erste, vor allem finanzielle Grundlagen wurden in den vergangenen Monaten dafür gelegt.



Positionspapier der SPD-Fraktion:
[So will die SPD-Fraktion Familien stärken](#)



SPD KV MIL

DREIKÖNIGSTREFFEN IN AMORBACH

Mit dem sehr gut besuchten Dreikönigstreffen, ausgerichtet von den SPD-Ortsvereinen Schneeberg, Amorbach, Weilbach und Kirchzell, ist der Kreisverband Miltenberg stark ins Jahr 2023 gestartet. Im bis auf den letzten Platz besetzten Clubheim des TSV Amorbach lag das Augenmerk vor allem auf den Kandidierenden für Landtags- und Bezirkstagswahl in diesem Jahr. Samuel Hermann (Landtag) und Andrea Schreck (Bezirkstag) sparten nicht an Kritik an Söder und seiner Mannschaft, setzten aber auch eigene programmatische Schwerpunkte. Das waren zwei starke Reden, die mich sehr beeindruckt haben.



Einen ausführlichen Bericht zum Dreikönigstreffen der SPD im Landkreis Miltenberg gibt es auf dem Online-Portal [meine-news.de](https://www.meine-news.de)



Alexander Stein

WIE FUNKTIONIEREN DIE ENERGIEPREISBREMSEN?

Die Ampelkoalition macht Energie bezahlbar, indem sie die Preise für Gas, Strom und Wärme deckelt. **Die wichtigsten Fragen und Antworten.**

Hier klicken
& informieren!



s.m. anamul rezwan, pixabay

FACHKRÄFTE

SICHERN UNSEREN WOHLSTAND

Durch den Strukturwandel fallen in einigen Branchen und Regionen Arbeitsplätze weg, während andersorts dringend Fachkräfte gesucht werden. Zudem wird unsere Gesellschaft immer älter. Bereits heute finden viele Unternehmen nicht genug Mitarbeiter:innen. Im Oktober hat die Bundesregierung des-

halb eine Fachkräfte-Strategie auf den Weg gebracht, die wir Ende Januar im Bundestag beraten haben. Uns geht es darum, in Deutschland mehr Potenziale zu heben, etwa durch mehr Weiterbildung und eine höhere Frauenerwerbsbeteiligung. Zugleich wollen wir Einwanderung fördern. Geschürte Ressentiments über Menschen mit Migrationshintergrund schaden vor allem der Attraktivität Deutschlands für ausländische Arbeitskräfte. Diese schauen ganz genau, wie wir hier in Deutschland über Migranten diskutieren und diese behandeln. Die Wahrheit aber ist: Wir sind ein Einwanderungsland. Und wir müssen es auch sein, wenn wir den Wohlstand halten wollen.

Teil unserer Fachkräfte-Strategie ist auch das Thema Ausbildung und Weiterbildung. Hierzu mehr auf Seite 7 meines Newsletters.



Die Fachkräfte-Strategie wird auf der Seite der [SPD-Fraktion](#) ausführlich erklärt.

BUNDESTAG

ENDLICH VERKLEINERN

Die Ampel hat einen guten Kompromiss ausgearbeitet, durch den im Deutschen Bundestag in Zukunft



Bernd Rützel

die Regelgröße von 598 Abgeordneten eingehalten wird und zugleich alle 299 Wahlkreise erhalten bleiben. Künftig soll es daher keine Überhang- und Ausgleichsmandate mehr geben. Alle Parteien sind von der Reform betroffen, keine Partei wird einseitig benachteiligt. Größter Kritikpunkt: Hat eine Partei deutlich mehr Direktmandate als Zweitstimmen gewonnen (wie zuletzt die CSU), schafft es nicht jedes gewonnene Direktmandat in den Bundestag. Nun kommt es darauf an, die Wahlrechtsreform zügig umzusetzen.



Alle Fragen und Antworten dazu gibt es auf der Seite der [SPD-Bundestagsfraktion](#)



Büro Rützel

MEHR LOHN

FÜR DIE BESCHÄFTIGTEN DER POST

Viele Tarifverhandlungen sind gerade in den Schlagzeilen, weil die Forderungen der Gewerkschaften wegen der gestiegenen Preise diesmal höher sind als sonst. Ist das gerechtfertigt? Dazu möchte ich mir das Beispiel der Deutschen Post herausgreifen: Im November 2022 hat die Deutsche Post AG verkündet, dass 2022 ihr erfolgreichstes Jahr sein wird, mit einem operativen Ergebnis von 8,4 Milliarden Euro. Wohlgemerkt: Das ist der Gewinn. Das sind tolle Zahlen. Ich finde es in Ordnung, wenn Dividenden an die Aktionärinnen und Aktionäre ausgeschüttet werden. Aber man darf die Beschäftigten nicht vergessen.

Deswegen finde ich es richtig, dass ver.di mit der Forderung von 15 Prozent in die Verhandlungen gegangen ist. Immerhin betrug die letzte Tarifierhöhung im Januar 2022 nur 2 Prozent. 90 Prozent der Tarifbeschäftigten bei der Post verdienen 2.108 bis 3.090 Euro brutto im Monat. Diese Beschäftigten sind in einem besonders hohen Maße von den Preissteigerungen betroffen, gleichzeitig sind sie jeden Tag bei Wind und Wetter draußen, um uns Briefe und Pakete zu bringen. Das sollte uns allen und das sollte der Deutschen Post im Besonderen etwas wert sein.



Anna | pixabay

AUSBILDUNG

UND WEITERBILDUNG FÖRDERN

Alle reden vom Fachkräftemangel, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat ein ganzes Bündel an konkreten Maßnahmen, mit dem er die Aus- und Weiterbildungssituation verbessern will. Sein Paket wird derzeit im Kabinett diskutiert und kommt dann hoffentlich zeitnah in die parlamentarische Beratung. Ab 2025 gehen die Babyboomer in den Ruhestand. Gleichzeitig verlassen jedes Jahr 45.000 Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss. Während in manchen Regionen Firmen keine Azubis finden, schreiben sich anderswo junge Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen, die Finger wund. Hier knüpft das geplante Weiterbildungsgesetz an:

Bildungszeit: ein Jahr berufliche Weiterbildung, unterstützt mit Mittel der Bundesagentur für Arbeit in Höhe des Arbeitslosengeldes

Ausbildungsplatzgarantie: Jeder junge Mensch soll die Chance auf eine Ausbildung haben.

Praktika: Durch Übernahme von Unterkunfts- und Mobilitätskosten sollen Praktika auch weiter entfernt vom Elternhaus ermöglicht werden. Azubis können Kosten für Familienheimfahrten erstattet werden.



GEDENKEN

#WEREMEMBER

Weltweit gedenken wir am 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau 1945, der Opfer des Holocaust. Wir gedenken der Millionen Menschen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entrechtet, verfolgt und ermordet wurden – wegen ihrer Religion, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, politischen Überzeugung, sexuellen Orientierung, ihres Lebensstils, persönlichen Merkmale oder ihrer körperlichen, geistigen und psychischen Konstitution.

Und es gilt Zeichen zu setzen gegen Antisemitismus, Hass und Fremdenfeindlichkeit, wie beispielsweise mit der Erinnerungsaktion #WeRemember, an der sich der Deutsche Bundestag und seine Abgeordneten wie auch andere nationale Parlamente weltweit beteiligen.

Im Mittelpunkt des Gedenkens im Deutschen Bundestag stand am 27. Januar die Gedenkstunde im Plenarsaal, bei der diesmal die Holocaust-Überlebende Rozette Kats das Wort ergriff.



Weitere Infos zur diesjährigen Gedenkstunde gibt es auf der [Homepage des Bundestages](#).



2023

JUNGE MENSCHEN UND FAMILIEN

Wir haben viel vor. Gerade auch für junge Menschen und Familien. Diese vier Punkte packen wir an:

Mit dem Startchancen-Programm werden wir 4.000 Schulen mit besonders vielen Schülerinnen und Schülern aus sozial benachteiligten Verhältnissen unterstützen. Sie sollen Geld für Schulbau, Sozialarbeit und ein selbstverwaltetes Chancenbudget bekommen. Denn alle Kinder haben gleiche Chancen verdient — unabhängig von Wohnort und Elternhaus.

Um Kinderarmut zu bekämpfen, reicht es nicht aus, nur an kleinen Stellschrauben zu drehen. Eine große Lösung muss her: Kindergrundsicherung. Für materielle Absicherung, gute Bildung und soziale Teilhabe.

Viele Eltern können die Sorge- und Erwerbsarbeit im Alltag nicht so partnerschaftlich aufteilen, wie sie es gerne würden. Wir wollen ihnen mehr Spielraum ermöglichen. Mit einem weiteren Partnermonat im Elterngeld und einer zweiwöchigen vergüteten Freistellung nach der Geburt des Kindes für den Partner bzw. die Partnerin. Analog zum Mutterschutz bei vollem Lohnausgleich — und alles natürlich auch für Alleinerziehende.

GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER

Büro Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus-, Medien- und Forstpoliti-
sche Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Ein neues Jahr hat begonnen. 12 Monate, 365 Tage:
Die meisten Kalenderblätter für 2023 sind noch unbe-
schrieben. Was wird das neue Jahr bringen? Frieden
in der Ukraine? Wird sich die Wirtschaft erholen?
Wird die Inflation zurückgehen? Bleiben wir gesund?
Werden wir glücklich sein?

Viele offene Fragen.

Nicht alle Dinge liegen in unserer Hand. Aber doch
können wir viele Inhalte des Jahreskalenders 2023
selbst aktiv gestalten. Diese Möglichkeit sollten wir
nutzen. Mischen wir mit in Gesellschaft und Politik.
Krempeln wir die Ärmel hoch und engagieren uns für
das, was uns wichtig ist. Was den Zusammenhalt der
Gesellschaft stärkt.

Alles, was wir dafür brauchen, sind: Mut, Tatkraft und
Optimismus. Ich finde, wir sollten uns ruhig etwas
mehr zutrauen, wenn es darum geht, das Drehbuch
für unsere Zukunft mitzuschreiben.

In den zurückliegenden Monaten gab es viele Mo-
mente, in denen Menschen mutig waren, sich aufge-
lehnt haben gegen Unrecht und Unterdrückung. Die
IranerInnen, die unter Lebensgefahr gegen das ver-
hasste Regime auf die Straße gehen – bis heute.

Auch in China haben die Protestierenden gegen die

ationale Corona-Politik viel riskiert. Und mit unge-
brochener Tapferkeit stemmen sich die Menschen in
der Ukraine gegen das übermächtig geglaubte Russ-
land. Sie brauchen auch weiterhin unsere starke Un-
terstützung.

Ja, wir können vieles verändern, auch in Bayern. Mit
dem Ziel, unser Land noch sozialer und noch gerech-
ter zu machen. Im Bund setzt die SPD-geführte Am-
pelregierung in diesem Jahr weitere ambitionierte
Reformen und Maßnahmen um.

Ob „Wohngeld plus“, Anhebung von Kindergeld, Kin-
derzuschlag und Kinderfreibeträgen oder Einführung
des Bürgergelds: Ziel all dieser Maßnahmen ist es,
für sozialen Ausgleich zu sorgen und damit ein Ausei-
nanderdriften der Gesellschaft zu verhindern.

Auch auf Landesebene kämpfen wir mit aller Kraft
für mehr Gerechtigkeit, gleiche Bildungs- und Karrie-
rechancen für alle und faire Bezahlung: Unsere tradi-
tionelle Winterklausur vom 17. bis zum 19. Januar im
Bayerischen Landtag stand unter dem Motto
„Soziale Politik für Bayern“. Die ist unverzichtbar,
denn nie war es so wichtig wie heute, als Gesellschaft
eng zusammenzustehen. Die großen Herausforde-
rungen unserer Zeit können wir nur gemeinsam
stemmen.

Ihnen allen wünsche ich ein gesundes und zufriede-
nes Jahr 2023.

Herzlichst

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuerou@martina-fehlner.de